

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonenseite oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorrück 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonenseite 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Aufhebung des Belagerungszustandes oder Verfassungsbruch!

Die Kapp-Gefahr in den Ostprovinzen

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent erzählt über die Lage in Ostpreußen folgende Einzelheiten, die durch Nachrichten der Freiheit bestätigt werden:
Neue geheime Truppentransporte und Waffensammlungen finden in Ostpreußen statt. Keine einzige zuverlässige republikanische Truppe ist in Ostpreußen vorhanden, nur die Sicherheitspolizei des Königsberger Polizeipräsidenten Lübbing kommt für die Wahrung der republikanischen Staatsverfassung in Frage. Alle übrigen Truppen, selbst die Sicherheitstruppen sind in den Händen der reaktionären Generale, so der beiden Generale Eberhardt und Eberhard. Die Güter der Großgrundbesitzer strotzen von Waffen. Der Transport der russischen Kriegsgelangenenen zu angeblicher Landarbeit hat im großen Umfange eingesetzt. Allein aus dem Lager der Bermond-Truppen wurden 500 bis 600 internierte Russen nach Ostpreußen abtransportiert. Der republikanische Führerbund warnt die Presse und macht sie auf die reaktionären Vorgänge in Ostpreußen aufmerksam. Ein gewisser Hauptmann Giedde wirkt noch immer auf eifrige Freiwillige. Die Regierung steht auch hier, wie in Bayern, dem Treiben hilflos zu.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet über die bedrohliche Lage in der Provinz Schlesien aus Breslau:
In einer Versammlung von Vertretern der Regierungsparteien machte der sozialdemokratische Stadtrat Frey die Mitteilung, daß seit fünf Wochen rund um Breslau neue Truppensammlungen stattfinden, so daß die Stadt völlig gerettet sei. In Rasowitz seien gestern erst zwei neue Infanterieregimenter eingetroffen. Auch die Freikorps Hase und Paulsen befinden sich dort. In Breslau liege das Rasowitzer Lager, das man längst aufgelöst wüßte, zum Teil in Altsil, das reichlich über Waffen verfüge. Der Schlesiensche Landbund habe im Bingenhaus mehrfach hinter verschlossenen Türen getagt. An den Sitzungen nahm der nationale Soldatenbund teil. Heute mittag habe eine neue Tagung stattgefunden, in die sich zwei Sozialdemokraten einschließen vermochten. Herr von Nischhofen hat in dieser Versammlung ausgedrückt, Hauptfrage sei, daß jeder eine Finte habe und womöglich eine Schrotflinte, damit kein Schuß fehle. Dr. Krüger erklärte, daß die Organisation, an der man arbeite, auch in der Provinz sehr Fortschritte mache und in Breslau nahezu vollendet sei. Diese Organisation sei notwendig, da man wisse, daß bei nächstem Bahnanfall eine schnelle rote Armee von etwa 1 Komp. und die Arbeiterbewegung einer Bürgerkriegs entzünden könnten. Das gleiche müsse von Seiten der Reichsparteien aus gesehen. Nach der Bekanntgabe von Namen verschiedener Kommissionenmitglieder wurde die Versammlung von der invidiosen benachrichtigten Polizei aufgelöst und die Akten beschlagnahmt.

Ostpreußen und Schlesien waren diejenigen preussischen Provinzen, in denen in den Märztagen die Rebellen Kapp und Wittich mühelos auf der ganzen Linie triumphierten. Die Militärreitere, die offensichtlich auf neue Putsch mit besserer Durchschlagskraft sind, ist sich der Stärke, die für die autoritaristischen gegenrevolutionären Verbände dieser beiden Provinzen verleihe, wohl bewußt. Nicht mehr von Döberitz, sondern von Königsberg und Breslau aus wird sie den neuen und größeren Schlag gegen die Revolution führen! Proletariat, bleib wachsam!

Die Putschwehren bestehen weiter!

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unser Berliner Korrespondent erzählt, daß die Durchführung des Beschlusses zur Auflösung der Einwohnerwehren noch immer nicht erfolgt ist. Fast sämtliche Mitglieder der Einwohnerwehren sind heute noch im Besitze ihrer Waffen, es sind in letzter Zeit sogar neue Waffen zur Verteilung gelangt.

Aufhebung der militärischen Nachrichtenstellen.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipz. Volkszeitung.) Unser Berliner Korrespondent erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß das Reichsministerium sich entschlossen habe, auf Veranlassung des Kommissars für die öffentliche Ordnung, Dr. Weßmann, die militärischen Nachrichtenstellen sämtlich aufzuheben.

Die bayerische Regierung schließt die militärischen Verschwörer.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipz. Volkszeitung.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung läßt sich aus Bayern vom Ministerium des Innern berichten, daß sich Wittich, Bauer und Bismhoff nicht in Bayern befinden. Es ist natürlich selbstverständlich, daß die reaktionäre Regierung in Bayern den Aufenthalt ihrer putschistischen Schlinglinge nicht verraten wird. Demgegenüber stellen wir fest, daß den zuständigen Stellen in Berlin

seit langem bekannt ist, daß Wittich, Bauer und Bismhoff sich in Bayern aufhalten. Selbst der Vertreter der Reichsregierung erklärt, daß es durchaus möglich sei, daß die Offiziere Bayern zu ihrem neuen Aufenthaltsort gewählt hätten.

Die Reaktion in Württemberg.

Stuttgart, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die USP. in Stuttgart hatte am Donnerstag, dem 20. Mai, eine Demonstration gegen die Erdrosselung Sowjetrußlands veranstaltet. Aus den großen Betrieben Daimler, Bosch und Eschmann und aus den Stuttgarter großen Industriebetrieben kamen die Massen nach Arbeitsluß in geschlossenen Zügen mit Plakaten und roten Fahnen auf dem Marktplatz an, um mit einheitlichem Willen gegen die internationale Kontrevolution zu manifestieren. Über 20 000 Menschen standen dichtgedrängt auf dem Marktplatz und in den Zugangsstraßen. Am Vormittag hatte der ehemalige Reichsminister Heymann, der rechtssozialistische Minister, unter Hinweis auf eine Ministerialverordnung bekanntgegeben, daß Versammlungen unter freiem Himmel, Anzüge und ähnliche Kundgebungen innerhalb bewohnter Ortschaften in sämtlichen Gemeinden Württembergs nach wie vor verboten seien. Genosse Böttcher schloß in seiner Rede unter lebhafter Zustimmung dieses Verbot und wandte sich in scharfen Worten gegen die Reaktion in Württemberg. In diesem Augenblick erschienen von drei Seiten her die Schutztruppen Heymanns in geschlossenen Kolonnen mit aufgespizten Seitengewehren und Maschinengewehren. Die Masse geriet in große Erregung und nur mit Mühe gelang es, den Abzug nach der freigelassenen Seite ohne Blutzvergießen durchzuführen. Wenn es nicht zum Blutvergießen gekommen ist, so ist es nur der Disziplin der organisierten Arbeiterschaft zu danken. Die Zugänge zum Markt wurden mit Drahtverhau und durch Postenketten abgesperrt. In der Stadt herrschte eine gewaltige Erregung, da die jungen 18-19jährigen Reichswehrojokaten mit Gummiknüppeln und Hundepelzchen ausgerüstet sind. An einzelnen Stellen sind Mißhandlungen und Ausschreitungen vorgekommen. In der Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister Lautenschlager, daß er von dem Vorgehen nicht unterrichtet gewesen sei. In der ganzen Stadt herrscht Empörung über das Vorgehen gegen friedliche Demonstranten. Die innere Stadt war noch bis zum späten Abend mit Maschinengewehren besetzt und durch Postenketten abgesperrt. Das Telefon unseres Parteibüros war bereits am Vormittag durch das Ministerium gesperrt worden.

Diese Maßnahme des Rechtssozialisten Heymann gegen die Demonstration der USP. ist außerdem ungeheuerlich, als erst am 9. Mai auf demselben Platz die bürgerlichen Stadtverordneten eine Kundgebung veranstaltet haben, an der die Spitzen der städtischen Behörden, Professoren und Reichswehrruppen teilgenommen hatten.

Bölkherbund oder Oberster Rat?

London, 21. Mai. (L.-U.) Laut Manchester Guardian wird Lord Cecil im Unterhause eine Ansprache über die Frage veranlassen, wer die größere Macht haben soll, der Bölkherbund oder der Oberste Rat. Diese Aussprache soll an die Frage der polnischen Offensive geknüpft werden, und man wird von der Regierung eine Aufklärung darüber verlangen, ob der Oberste Rat in Zukunft alles verwalten soll oder ob der Bölkherbund bald in Wirkung treten wird, so daß er den neuen Krieg mit Polen verhindern kann. Es verlautet, daß die Aquith- und die Arbeiterpartei sich mit dem Standpunkt Cecilis einverstanden erklärt haben.

Noch keine Entschädigungssumme festgesetzt.

London, 20. Mai. (L.-U.) Daily Chronicle bestätigt, daß in Sythie keinerlei Entscheidung über den von Deutschland zu zahlenden Betrag an Schadenersatz getroffen worden ist, und daß die Festsetzung vielleicht nicht eher erfolgt wird, bevor nicht die Deutschen gehörig vernommen wurden.

Blutige Zusammenstöße bei einer Straßendemonstration.

Hamburg, 20. Mai. Bei einer Kundgebung von Arbeitlosen und Ungeheueren kam es in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu einem Zusammenstoß mit Polizei und Sicherheitswehr, bei dem drei Personen getötet und zehn verwundet wurden.

Der Nationalversammlungsbeschluß und die Regierung.

Berlin, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Unser Berliner Korrespondent erzählt zu der politischen Lage:
Die Regierung ist der Überzeugung, daß, obwohl die Sozialdemokratie einstimmig für die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt hat, sich also gegen die Regierung gewandt hat, eine Kabinettskrise nicht besteht. Der Minister Koch hält an seiner Auffassung fest, daß eine Aufhebung des Belagerungszustandes nicht in Betracht komme. Die Regierung versucht nun mit juristischen Auslegungen die Schwierigkeit zu überwinden, in die sie durch den Beschluß der Nationalversammlung geraten ist. Sie behauptet, daß in dem Beschluß der Nationalversammlung nur von einem Wunsch die Rede sei, während nach dem Wortlaut der Verfassung ein Verlangen der Nationalversammlung notwendig sei. Diese offenbare Verfälschung des Beschlusses der Nationalversammlung wird heute morgen noch Gegenstand der Beratung der sozialdemokratischen Fraktion sein, die vor der Sitzung der Nationalversammlung um 9 Uhr zusammentreten wird. Von der Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion wird es abhängen, ob der Beschluß der Nationalversammlung zur Ausführung kommt. Die Sozialdemokraten werden zu beweisen haben, ob sie gestern lediglich bei ihrem Beschluß aus Ehrlichkeit gehandelt haben oder ob sie ernsthaft sich für die Aufhebung des Belagerungszustandes einsetzen wollen.

Die Nationalversammlung oder richtiger ihre sozialdemokratischen Fraktionen haben vor dem Ende der Nationalversammlung noch eine politische Tat vollbracht, die der Körperlichkeit, die die Welt über das deutsche Volk und namentlich über das deutsche Proletariat gebracht hat, noch einen halbwegs verheißenden Abgang verschaffen könnte, wenn nicht die Tatsache dem entgegenstände, daß dieser Beschluß gegen den Willen der Mehrheit des Hauses zustande gekommen ist, die im wichtigsten entscheidenden Moment also pflichtvergessen hinhängte, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Mehrheit wurden. Die gesamte bürgerliche Vertretung, die sozialistische Majorität der Georgen, von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten hätte sonst geschlossen einen der heiligsten Güter, den Belagerungszustand, verteidigt, hätte sich mit Begeisterung dafür eingesetzt, daß die Wahlen zum Reichstag unter dem Sozialismuszustand stattfinden sollten. Dieser Beschluß ist besser als die Nationalversammlung, besser auch als die Regierungsoffiziation. Und die Genugtuung über die Ernennung der Rechtssozialisten wird beeinträchtigt durch die zweifelhafte Frage, ob ihre Absetzung grundrätlicher Erwägung oder bloßer Wahlaktfolge entsprang. Man wird ihnen nach allem, was geschehen ist, nicht unrecht tun, wenn man bei einem nicht geringen Teil der Fraktion Schwermut die Pflicht auf die Wahlausichten als bestimmend ansieht. Über schließlich, über die, wie wird nicht abgestimmt, und die Rechtssozialisten werden immerhin ein politisches Maß der großen Sündenliste, die ihnen zur Last fällt, entgegenstellen können, wenn sie jetzt fest bleiben, wenn sie den Mut der Konsequenz anstatt der bekannten, bei den bürgerlichen Parteien Deutschlands bestehenden Angst vor der eigenen Courage zeigen. Wenn sie also jetzt allen juristischen Besinnen der Regierung, den Beschluß für keinen Beschluß zu erklären und seiner Ausführung auszuweichen, ein kategorisches Wort entgegenzusetzen. Sie müssen sich heute entscheiden und sie werden selbst wissen, daß sie dabei um Kopf und Kragen spielen.

Wie die Meldung unseres Berliner Korrespondenten zeigt, ist die Gefahr der Sabotierung des Beschlusses der Nationalversammlung da. Wir lassen uns auf die eines Anwaltskollegen willige Erörterung nicht ein, ob sich aus dem Wortlaut des Antrags unserer Fraktion ein Hindernis drüben liege, an dem man einen Strich zur Abwägung der klaren verfassungsmäßigen Pflicht aufhängen könnte, den Beschluß sofort, ungekürzt auszuführen. Der Wille der Mehrheit ist so klar und unabweisbar, daß solche traurige Jesuitentüftelei allgemeiner Verachtung bedürftig werden. Und der Art. 48 der Reichsverfassung ist so bestimmt und zweifelslos, wenn er sagt: „Die Maßnahmen des Ausnahmezustandes sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen,“ daß keinerlei Ausweichungen möglich ist. Das hat die Regierung offenbar zunächst auch ohne weiteres eingesehen. Denn die bürgerliche Presse Leipzigs meldete heute morgen, daß die neue Regierungskrise ausgebrochen und der Reichsminister Koch zurückgetreten sei. Nach den Informationen unseres Berliner Korrespondenten scheint sie sich inzwischen eines schlechteren besonnen zu haben.

Wie könnten also vor den Reichstagswahlen noch einen eskalanten, aufreißenden Verfassungsgewalt erleben! Ob die Regierung einen solchen Schlag ins Gesicht des deutschen Proletariats wagen will, das muß sie mit sich selbst ansprechen. Und die Rechtssozialisten müssen sich entscheiden, ob sie an dieser schweren Schuld Anteil haben, ob sie aufs schärfste bestraft in den Wahlkampf ziehen wollen. Ob sie die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß der weiße Schrecken in Aufruhr andauert und daß die Gegenrevolution in Bayern unter dem Schutz des Belagerungszustandes sich häuslich einrichten kann, während das Organ der unabhängigen Sozialdemokratischen Kandidaten, der Kampf, unbefristet und wie es scheint, bis über die Wahlen